

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erhalten wertig. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Verlegungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erhalten wertig. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Telegramme: Cagelitz Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 281

Mittwoch, den 4. Dezember 1919

24 Jahrgang

Deutschnationale Führerkrisis

Die Reichstags-Sitzung vom Montag verlief recht stimmungslas. Deutlich bemerkbar war die zweite und dritte Beratung des deutschen Auslieferungsgesetzes im hohen Hause nur wenig Interesse. Erst als die Abstimmungen erfolgten, strömten die Abgeordneten in Massen in den Sitzungssaal. In den Bandhallen ging es dagegen den ganzen Montag über sehr lebhaft zu, da die Krise in der Deutschnationalen Volkspartei reichlichen Stoff zu parteipolitischen Unterhaltungen bot.

Die Solidaritätsklärungen der deutschnationalen Abgeordneten Partwig, Pölzer und Lambach mit dem Abg. Treviranus kam am Sonnabend sehr überraschend. Das Gleiche gilt vom dem Gegenüber des Parteivorstehenden Eugenberger, der Einberufung des Deutschnationalen Parteivorstandes für Dienstag, den 3. Dezember. Um was es geht, schreibt die „Berliner Börsen-Zeitung“ in nicht missverständlicher Weise.

Es handelt sich in seiner Erklärung der drei Vertreter der deutschnationalen Arbeiterschaft, liest man da, um folgendes: 1. Haben sie ihre Nichtbeteiligung an der Abstimmung öffentlich erklärt. 2. Haben sie sich scharf gegen den Parteivorstand in der Angelegenheit Treviranus gewandt, bei der es sich um jenen, ohne Wissen des Briefschreibers verwendeten Brief des Abgeordneten Treviranus an ein Parteimitglied handelt. Man muß sagen, daß die Kritik des letzten Teiles der Erklärung an dem persönlichen Verhalten des Parteivorstehenden sehr scharf ist. Sie wird ihren Eindruck nicht verhehlen und Herr Eugenberger wird es sich nicht leicht machen, die Angelegenheit zu klären, ob er mit der von seinen Organen in der letzten Zeit so viel geredeten „Parteiacht“ gegen die Vertreter von Hunderttausenden deutschnationaler Arbeiter und Angestellten vorgehen und so einen Bruch herbeiführen kann. Die Angelegenheit wird dadurch kompliziert, daß auch der Fall Treviranus an sich keineswegs erledigt ist und bei seiner nochmaligen Aufrollung umso mehr Bedeutung erhält, als hier die Auffassungen des Parteivorstehenden einerseits, der Gruppen um Schiele, Treviranus und Lambach sowie weit über sie hinausreichende Kreise andererseits einmal diametral gegenüberstehen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist über den Plan des Parteiführers Eugenberger, eine Maßregelung der Abgeordneten Treviranus und Benosen vorzunehmen, entsetzt. Es kann doch nicht die Absicht ihrer Führer sein, schreibt sie, diese große und unentbehrliche Partei zu zertrümmern. Auf der anderen Seite wird er sich klar darüber sein, daß sie zerfallen muß, wenn der Versuch nicht aufgegeben wird, die Gedankenwelt des Arbeiterverbandes zum ausschließlichen Inhalt ihres politischen Glaubensbekenntnisses zu machen. Nach der Meinung der „D. A. Z.“ steht in der Deutschnationalen Partei nichts anderes zur Erörterung als die Führerfrage. Die Partei ist von Niederlage zu Niederlage geführt worden, zeigt die stärksten Risse im Bewußtsein. Die Stunde ist gekommen, um zu prüfen, ob ein Kurs fortgesetzt werden kann, dessen politisches Ergebnis eine kaum vorstellbare Schwächung der Partei und damit der ganzen staatsbürgerlichen Bewegung geworden ist.

Ueber Sonntag hat die Christlich-sozialen Reichsvereinigung das Vorgehen der Abg. Partwig, Pölzer und Lambach ausdrücklich gebilligt. In ihrer Sonnabend-Tagung wurde darüber Klage geführt, daß die Politik Eugenbergs die Partei auseinanderbricht. Eugenberger gebe als Diktator Wege, die von Keaton, in denen der Geist Adolf Stöckers lebe, aus Gewissensgründen nicht mehr mitgegangen werden können. Es ist nicht anzunehmen, schreibt der „Deutsche“, der bekanntlich der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nahesteht, daß Partwig, Pölzer und Lambach ein Ausschlußverfahren abwarten werden. Welche weiteren Konsequenzen aus diesem Schritt sich ergeben werden, darüber zu mutmaßen, erscheint nicht angebracht.

Da ein Unglück nie allein zu kommen pflegt, muß Parteiführer Eugenberger jetzt noch erleben, daß auch sein Waffengenosse Dr. Goebbels von den Nationalsozialisten mit scharfsten Angriffen gegen ihn vorrückt. Im nationalsozialistischen Berliner Organ „Der Angriff“ wendet sich nämlich Dr. Goebbels sehr scharf gegen den „Aktionisten“ „Der Dazsänger“, den er für einen allwissenden Tendenzfilm erklärt und dessen Ablegung vom Spielplan der Ufa binnen dreier Tage von Eugenberger verlangt wird, andernfalls sämtliche deutsche Nationalsozialisten die Ufa-Theater boykottieren würden. Die Ufa erklärte auf diesen Angriff hin sofort, daß es ihr unerwünscht wäre, wie man in dem Film „Der Dazsänger“ einen allwissenden Tendenzfilm sehen könnte. Die Ufa würde grundsätzlich überhaupt keine Tendenzfilme herstellen. Im übrigen dachte sie nicht daran, diesen Film vom Spielplan abzusetzen. Aus der Kriegserklärung Dr. Goebbels gegen Bebelmatt Eugenberger müßte also Ernst werden.

Politisch und unpolitisch

Ueber dies zeitgemäße Thema veröffentlichte Generalmajor a. D. von Amann, Vorstandmitglied des Preussischen Landes-Kriegerverbandes, im „Koffhäuser“, dem amtlichen Organ des Koffhäuserbundes, einen Aufsatz, in dem er zunächst nochmals auf die immer betonte Tatsache hinweist, daß der Koffhäuserbund kein politischer Verband ist. Nach § 2 seiner Satzung verpflichtet er seine Verbände und Vereine als solche, in Verfolg seiner Ziele sich jeder Parteipolitik zu enthalten. Daraus wurde vielfach gefolgert, daß der Bund unpolitisch sei und sich von allen Fragen fernzuhalten habe, welche die Politik betreffen. Generalmajor von Amann äußert sich hierzu in seinen weiteren Ausführungen wie folgt:

„Die meisten Ziele, für die wir nach unserer Satzung und nach dem vom Bundesvorstand herausgegebenen Leitfaden zu wirken haben, berühren irgendwie die Politik. Wenn wir uns

für die Wiederherstellung der nationalen Ehre, und in Verfolg davon für den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage einsetzen, so berührt das in jeder Hinsicht die deutsche Außenpolitik. Wenn wir für die Wiedergewinnung von Deutschlands Freiheit, und im Zusammenhang damit für den Wehrgeanten kämpfen, so müssen wir auch hierbei außenpolitische Fragen behandeln. Wir haben den Kampf gegen den Bolschewismus angefangen, nicht nur, wenn er die rote Fahne des Aufruhrs erhebt, sondern auch, wenn er in seiner Agitation alles das herunterreißt, was Deutschland einig, frei und groß gemacht hat, und wenn er mit einer tödlichen Propaganda den Willen zur Selbstbehauptung im deutschen Volke zu töten sucht. Es wäre lächerlich, zu leugnen, daß dieser Kampf ein innerpolitischer ist.

Trotzdem muß bei der Behandlung aller dieser politischen Fragen in unseren Verbänden und Vereinen durchaus vermieden werden, daß wir uns in das Fahrwasser einzelner Parteien und in den politischen Tageskampf begeben. Die Gründe sind oft genug auseinandergelegt worden: Wir wollen unsere Vereine von Parteigang freihalten. Es soll so bleiben, daß Mitglieder der verschiedensten Parteien sich als Kameraden bei uns wohlfühlen, wenn sie nur bereit sind, in den großen vaterländischen Fragen mit uns zusammenzugehen.

Amerikanischer Schritt zur Beilegung des russisch-chinesischen Konfliktes

Das Staatsdepartement in Washington richtete an China und Sowjetrußland eine sehr bestimmt gehaltene Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß laut Artikel 2 des Kellogg-Pactes die Unterzeichner sich verpflichtet hätten, die Lösung aller Streitfragen nur durch friedliche Mittel zu erstreben. Die amerikanische Regierung erwarte, daß die beiden Regierungen von feindseligen Handlungen ablassen und sich in naher Zukunft über eine Methode einigten, durch die der gegenwärtige Streit auf friedlichem Wege beseitigt werden könne.

Bei der Bekanntgabe dieser Erklärung sagte Staatssekretär Stimson, daß es sich nicht um Rollen, sondern um Memoranden handle, die vom Botschafter Amerikas in Peking und vom französischen Botschafter in Moskau den beiden streitenden Regierungen mündlich zur Kenntnis gebracht würden. Gleichzeitig habe er Abschriften an alle Signaturs des Kellogg-Pactes, also an 55 Regierungen, gesandt. Der Absendung der Erklärung seien Besprechungen mit fünf Großmächten vorausgegangen, jedoch stelle der gegenwärtige Schritt eine selbständige amerikanische Handlung dar und sei unternommen worden, weil zwischen regulären chinesischen und regulären russischen Truppen Kämpfe mit vielen Todesopfern stattgefunden hätten, ferner, weil es feststehe, daß in all den Monaten seit Beginn des Konfliktes keine wirksamen Schritte zur friedlichen Beilegung von China oder Rußland unternommen worden seien.

Ein neuer Pakt vor Schlag zur Verhütung von Kriegen

Die New Yorker Blätter veröffentlichten eine Anregung des früheren Präsidenten des Schiffahrtsamtes, Edward Hurley, einen Weltpakt der Großindustrie zu schließen, um durch Materialboykott Krieg zu verhindern. Hurley schlägt vor, eine Kommission von Vertretern aller Hauptindustrien zu ernennen, die einen wirksamen Boykott verhängen könnten. Für Öl und Kupfer werden ausschließlich amerikanische, englische und belgische Industrielle genannt, für Eisen und Stahl außer diesen auch deutsche Industrielle wie Böhler, Thyssen, ferner der Franzose Eugène Schneider, für die chemische Industrie neben Dupont und Nord Melchett Karl Bosch und August Diehl.

Aufwertung der Hefen-Rente

Der sechste Zivilsenat des Reichsgerichts hat, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, durch Schiedspruch vom 30. November die Jahresrente von 708 000 Friedensmark, die Preußen im Anschluß an die Ereignisse von 1866 dem früheren heftigen Fürstenhause für den Verzicht auf Thron und Throngut zugesagt hatte, auf 85 v. H. ihres Nominalbetrages, d. h. auf rund 602 000 RM jährlich aufgewertet. Zu diesem Betrage tritt noch ein Tilgungszuschlag von rund 253 000 jährlich. Der Schiedspruch tritt mit Rückwirkung ab 1. Januar 1924 in Kraft.

Das Gehalt des Generaldirektors der Reichsbahn

Gegenüber Meldungen, wonach der Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dörpmüller ein Gehalt von 250 000 Mark beziehen soll, hören wir aus Kreisen der Reichsbahnverwaltung, daß das Gehalt Dr. Dörpmüllers nicht, wie schon wiederholt demerkt worden ist, 250 000 Mark, sondern etwa 100 000 Mark beträgt.

Ein Deutscher soll türkische Gefängnisse reformieren

Der Präsident des Dresdener Strafvollzugsausschusses, Humann, hat von der Regierung der Türkischen Republik den Auftrag erhalten, von Angora aus das Gefängniswesen und den Strafvollzug zu reformieren und zu organisieren. Präsident Humann wird bereits in nächster Zeit Dresden verlassen und dem Rufe nach Angora folgen.

So bleibt es gerade in der heutigen, politisch so unruhigen Zeit für den Vorstehenden eines Verbandes oder Vereins eine oft nicht leichte Aufgabe, aus vollem Herzen die Kameraden für unsere großen vaterländischen Ziele zu begeistern, ohne dabei in die Stricke der Parteipolitik zu geraten. Was zeigte sich besonders deutlich in den letzten Wochen bei dem Kampf um das Volksbegehren. Immer wieder erhielt die Bundesleitung Briefe von einzelnen Bundesleitungen und Vereinen, die teilweise enttäuscht verlangten, der Koffhäuserbund solle sich für das Volksbegehren erklären, denn es sei ja keine parteipolitische Angelegenheit, sondern gehöre zum großen nationalen Kampf gegen die Kriegsschuldfrage und gegen die Verflüssung Deutschlands. Die Bundesleitung hat unbeirrt an der Auffassung festgehalten, daß das Volksbegehren im Bereich des härtesten parteipolitischen Kampfes liege, und daß daher eine Teilnahme unserer Verbände und Vereine als solcher nicht zulässig sei. Pötte der Vorstand anders gehandelt, so wäre der Bund in seinem Namen schwer erschüttert worden.

Zu einer Anfrage der Deutschnationalen im Reichstage wegen der Ausführungen des Oberkommissars für das Rheinland am Sonnabend früh, wonach die zweite Zone mit dem Abzug der Besatzungstruppen noch nicht politisch frei sei, sondern die Ordnungen noch aufrecht erhalten blieben, hören wir von unterrichteter Seite, daß in einer Note des französischen Außenministers Briand an den deutschen Botschafter von Hoesch bekräftigt worden ist, daß mit dem Ende der Besetzung auch die Funktionen der Rheinlandkommissionen ihr Ende gefunden haben.

Das Rheinland auch politisch frei

Zu einer Anfrage der Deutschnationalen im Reichstage wegen der Ausführungen des Oberkommissars für das Rheinland am Sonnabend früh, wonach die zweite Zone mit dem Abzug der Besatzungstruppen noch nicht politisch frei sei, sondern die Ordnungen noch aufrecht erhalten blieben, hören wir von unterrichteter Seite, daß in einer Note des französischen Außenministers Briand an den deutschen Botschafter von Hoesch bekräftigt worden ist, daß mit dem Ende der Besetzung auch die Funktionen der Rheinlandkommissionen ihr Ende gefunden haben.

Sachsens Glückwünsche zur Räumung der zweiten Rheinlandzone

Ministerpräsident Dr. Brücker hat namens der sächsischen Regierung folgendes Telegramm an den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun geschickt: „Namens der sächsischen Staatsregierung spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche zur Befreiung der zweiten Zone des besetzten Gebietes aus. Mit dem gesamten deutschen Volke dankt auch Sachsen der Bevölkerung dieser preussischen Landestheile für die Träne, die sie dem Vaterlande in schwerster Zeit gehalten hat. Dr. Brücker, Ministerpräsident.“

Politische Unruhen in Altenburg

Anlässlich der Werbeveranstaltung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei am Sonntag in Altenburg sah sich die Polizei wieder zu besonderen Sicherheitsmaßnahmen gezwungen. Der Umzug selbst wurde ständig von Polizeibereitschaften begleitet und verlief ohne besondere Zwischenfälle. Nach dem Umzuge begaben sich die Teilnehmer, fast restlos auswärtige Nationalsozialisten, truppweise in die Stadt, wodurch sie sich der politischen Überwachung entzogen. Schlägereien blieben denn auch nicht aus. Kurz nach 16 Uhr überfiel in der Wallstraße ein größerer Trupp Nationalsozialistischer Bewohner dieses Stadtteils, die sich auf dem Wege zum Bahnhof befanden, und mißhandelten sie. Die Angegriffenen, teilweise alte, schwächliche Leute, flüchteten in die Häuser, wohin sie von den Nationalsozialisten verfolgt und weiter blutig geschlagen wurden. Die Berg- und Frauengasse wurden von den Nationalsozialisten einige Reichsbannerleute geschlagen, die von einem Werbeumzug auf dem Lande in Uniform heimkehrten. Die Angegriffenen, die sich der Uebermacht nicht erwehren konnten, haben teilweise erhebliche Verletzungen davongetragen. Die Angreifer sollen mit Stöcken und Gummiknüppeln geschlagen haben; doch wurden von der Polizei solche Waffen nicht gefunden. Auch die Täter wurden bisher nicht ermittelt. Die erregten Einwohner und Straßenpassanten konnten nur durch energisches Eingreifen der Polizei davon abgehalten werden, auf die Nationalsozialisten einzubringen. Durch Polizeimannschaften zu Fuß und in Kraftwagen wurden diese dann nach dem Bahnhof geleitet, um in der Dunkelheit weitere Zusammenstöße zu vermeiden.

Geheimhaltung von 300 Wehrgeheimnissen

Nach einer Meldung aus Tschita wurden bei der Einnahme der Station Mandschuria durch die Sowjettruppen etwa 300 Wehrgeheimnisse und einige Leier welcher Organisationen gefangen genommen, darunter Oberst Ramorow, militärischer Beirat des chinesischen Truppenkommandos, der Bruder des bekannten Generals Schmitlow und andere. Ein Teil der Gefangenen wurde nach Tschita übergeführt.

Verhaftung der Prinzessin Sophie in Moskau

„Daily Mail“ berichtet aus Moskau: Prinzessin Sophie Stroganowa, die Schwägerin des letzten Zaren, wurde in Moskau verhaftet.